

Wettrennen um Standorte für neue Windräder in OWL

Energiewende löst Boom aus und setzt Kommunen unter Druck

VON HUBERTUS GÄRTNER

■ **Bielefeld. Im Zuge der Energiewende ist auch in OWL ein großes Gerangel um neue Standorte für Windräder entbrannt. Bei dem Wettrennen um die besten Plätze versuchen sich die Investoren zu überbieten. Die Kommunen halten dagegen. Sie haben die Planungshoheit und wollen eine „Verspargelung“ der Landschaft verhindern. Außerdem sollen vermehrt sogenannte Bürgerwindparks gebaut werden.**

Im letzten Jahrzehnt hat sich die Anzahl der Windkraftanlagen in der Region nahezu verdoppelt. Am 1. Januar 2012 gab es nach Auskunft der Detmolder Bezirksregierung in OWL 770 Windräder mit einer Leistung von 736 Megawatt. Die Tendenz sei weiter stark steigend, sagt der zuständige Dezernent Michael Ganninger. Allein im Kreis Paderborn, wo die Windkraft in der Region bereits am stärksten ausgebaut ist, seien derzeit 23 Anträge für 68 neue Anlagen im Genehmigungsverfahren, erläutert der Paderborner Kreisbaudezernent Martin Hübner.

Nach Auskunft von Ganninger gibt es eine extrem hohe Nachfrage. „Zurzeit planen neun von zehn Kommunen, weitere Flächen für die Windkraft auszuweisen“, sagte er. Zum einen wolle man vorhandene Vorrang- oder Konzentrationszonen erweitern und die technische Aufrüstung (Repowering) ermöglichen. Zum anderen sollen neue Flächen für die Windkraft erschlossen werden.

Die Gründe für diese „Welle“ sind aus Sicht des Experten zum einen die Energiewende, die bei den Kommunen und Bürgern „eine positive Sicht und Akzeptanz der Windkraft“ befördert habe. Zum anderen winkt derzeit noch ein äußerst lukratives Geschäft. Bis zu 20.000 Euro Pacht pro Jahr kann ein Landwirt erzielen, wenn er Flächen für ein einziges Windrad zur Verfügung stellt. Wegen der hohen Vergütung von 10,5 Cent pro Kilowattstunde, die das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) den Betreibern garantiert, ist die Rendite sehr gut. Auf rund 50.000 Euro pro Monat und Anlage bezifferte der Kreis Paderborn unlängst die Schadenersatzforderungen, falls er schuldhaft

INFO

Naturschützer warnt



- ◆ Beim Bau neuer Windkraftanlagen müsse auch dem Umwelt- und Artenschutz Rechnung getragen werden, fordert Josef Tumbrinck, Vorsitzender des NABU NRW.
- ◆ Zuständig sind dafür die Kreise als Genehmigungsbehörden.
- ◆ Wegen der „Goldgräberstimmung“ drohten „partikuläre Interessen“ die Oberhand zu gewinnen.

einen entscheidungsreifen Bauantrag für ein Windrad ablehnen würde.

Selbst Johannes Lackmann, Windkraftpionier aus Paderborn, hält die EEG-Sätze für zu hoch. An guten Standorten müssten sie abgesenkt werden,

sonst werde die Energiewende zu teuer, fürchtet Lackmann. Im Zuge des Booms „kommen die Heuschrecken“, sagt er. Große Investoren würden den Flächen-eigentümern „hohe Pachten“ versprechen und Vorverträge abschließen. Oft stellen sie sogar „ins Blaue hinein“ Anträge auf Erlass eines Vorbescheids, um sich lukrative Claims zu sichern.

Die Kommunen „geraten stark unter Zugzwang“, sagt Burkhard Bunte, Sprecher des Mindener Verwaltungsgerichts, wo 2012 Verfahren zu etwa 50 Windkraft-Anlagen gelaufen sind. Wenn die Kommunen keine Vorrangflächen ausweisen, „laufen sie Gefahr, dass die Windräder an jedem Ort im Außenbereich gebaut werden“, erläutert Bunte und nennt Büren und Porta Westfalica dafür als Beispiele.

Auch im Kreis Höxter will man das verhindern. Alle Kommunen haben sich dort zusammengeschlossen, um neue Bürgerwindparks zu planen. Die Stadtwerke sind als Betreiber im Boot. „Die Wertschöpfung soll im Kreis bleiben“, sagt Beverungens Bürgermeister Christian Haase (CDU). > *Kommentar*